

Willy Brandt, Deutscher Sozialismus und der Krieg (Dezember 1939)

Legende: In einem im Dezember 1939 erschienenen Artikel verdeutlicht Willy Brandt aus seinem Exil in Norwegen heraus den Standpunkt der deutschen und europäischen Sozialisten zur Neuordnung Europas nach dem Krieg, vor allem im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Deutschland und den Völkern Osteuropas.

Quelle: BRANDT, Willy. Berliner Ausgabe. LORENZ, Einhart (Hrsg.). Grebing, Helga; Schöllgen, Gregor; Winkler, Heinrich August im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Band 1: Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck-Exil in Norwegen (1928-1940). Berlin: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2002. ISBN 3-8012-0301-8. p. 446-451.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL: http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_deutscher_sozialismus_und_der_krieg_dezember_1939-de-3a7b96b4-4206-44a9-9494-2a1b46bb664f.html

Publication date: 03/07/2013

Willy Brandt, *Deutscher Sozialismus und der Krieg*

[...]

Diskussion über die Zukunft Mitteleuropas

Im Laufe der letzten Jahre hat es unter den deutschen und anderen mitteleuropäischen Sozialisten ständig Diskussionen darüber gegeben, was „nach Hitler“ kommen würde. Die Debatte hat allerdings eine etwas abstrakte Form. Nun hat die ganze Frage eine viel größere Aktualität erhalten. Das hängt unmittelbar mit der Stellung zum Krieg zusammen: Alle, die gegen das jetzige deutsche Regime Stellung beziehen, müssen auch Pläne darüber darlegen können, wie sie die deutsche Gesellschaft und das Zusammenleben der Völker in Mitteleuropa organisieren wollen. In diesem Punkt zeigt sich, dass sich ziemlich große Divergenzen geltend machen. Es gibt einzelne Kräfte, die glauben, dass die Weimarer Republik mit Unterstützung der Westmächte - wenn notwendig: militärischer - wiedererstehen wird. Einige meinen, es ist das Beste, wenn man über die Kriegsziele schweigt, es werden sowieso die Siegerherren sein, die bestimmen, wie der Frieden aussehen soll. Andere sind jedoch der Auffassung, dass man bereits zum jetzigen Zeitpunkt gewisse Hauptpunkte für die Errichtung der neuen deutschen Gesellschaft erarbeiten muss.

Ein wichtiger Beitrag zu dieser Diskussion ist die bereits genannte Broschüre, die von führenden deutschen und österreichischen Sozialisten herausgegeben wurde (*Der kommende Weltkrieg*). Sie geht davon aus, dass eine Erhebung gegen den Nazismus als eine demokratische Umwälzung geschehen muss. Die demokratischen Rechte müssen wiedererrichtet werden, die unterdrückten Nationen müssen ihr Selbstbestimmungsrecht zurückerhalten, das Land muss Frieden erhalten und gegen Hunger und wirtschaftlichen Zusammenbruch geschützt werden. Aber, heißt es weiter, eine demokratische Umwälzung kann in Deutschland nicht konsequent durchgeführt werden, wenn man vor sozialistischen Maßnahmen zurückweicht. Zuerst müssen drei Aufgaben gelöst werden:

1. Auflösung des nazistischen Unterdrückungs- und Propagandaapparates und Bildung demokratischer Massenorganisationen.
2. Gesellschaftliche Übernahme des zentralisierten Wirtschaftsapparates.
3. Sozialisierung der großen Industrie- und Bankentrusts sowie des Großgrundbesitzes.

Mit Unterstützung aller arbeitenden Bevölkerungsschichten wird es dann möglich sein, die Entwicklung weiter in sozialistische Richtung zu führen. Man hofft, die Auswüchse zu vermeiden, die es in Russland gegeben hat, und beruft sich u. a. darauf, dass in Deutschland bessere ökonomische und soziale Voraussetzungen für eine sozialistische Umwälzung vorliegen und dass die sozialistische Bewegung zu einer Synthese zwischen radikaler sozialistischer und demokratischer Politik finden muss.

Von besonderem Interesse ist, was die Broschüre zum Verhältnis des neuen Deutschlands zu den Nachbarvölkern zu sagen hat. Hier wird auf zwei Hauptaufgaben verwiesen:

1. Liquidierung des deutschen Imperialismus und Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für alle unterdrückten Nationen.
2. Verteidigung des eigenen Landes, Selbstbestimmungsrecht auch für das deutsche Volk.

Es wird darauf verwiesen, dass die beste Lösung eine freie Föderation zwischen Deutschland und den Völkern Ost- und Mitteleuropas wäre. Eine solche föderative Lösung kann jedoch niemandem aufgezwungen werden. Wenn die anderen Völker keine nähere Zusammenarbeit mit Deutschland haben wollen, muss ihr Wille respektiert werden. Die beste Garantie dafür, mit ihnen zu einer Zusammenarbeit zu kommen, wäre eine sozialistische und konsequent antiimperialistische Politik. Im Zusammenhang damit heißt es u. a.:

„Das demokratische Prinzip in der nationalen Frage ist das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Aber die Nationen wohnen in Mittel- und Osteuropa nicht nur so durcheinander, dass eine Grenzziehung nach diesem Prinzip die größten technischen Schwierigkeiten bereitet, viele von ihnen sind auch so klein, dass ihre

Nationalstaaten nicht selbständig lebensfähig sein konnten und können. Die Grenzziehung von Versailles hat diesen Widerspruch auf die Spitze getrieben. Sie hat erstens eine ganze Reihe von wirtschaftlich lebensunfähigen Kleinstaaten geschaffen und damit eine Reihe von Zollgrenzen, die Mittel- und Osteuropa wirtschaftlich ruiniert haben, sie hat zweitens Grenzen dieser Kleinstaaten nicht nur nicht vollkommen gemäß dem Selbstbestimmungsrecht gezogen, was gar nicht möglich ist, sondern außerdem noch weitgehend nach strategischen, wirtschaftlichen und anderen Gesichtspunkten zugunsten der Verbündeten der Siegerstaaten verändert.

Eine wirkliche demokratische Lösung, die gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen berücksichtigt, kann nur föderativ sein, kann nur ein freies Zusammenleben der Nationen mit weitgehender Selbstverwaltung, aber ohne trennende Zoll- und Militärgrenzen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Ziel haben.

Die Völker Europas brauchen neue Grenzen und neue Kleinstaaterei nicht, ihr ökonomischer und kultureller Aufstieg erfordert das Niederreißen überflüssiger Zollschränken, Wirtschafts- und Verkehrshemmnisse bei gleichzeitiger voller politischer und kultureller Autonomie für alle Nationen und nationalen Minderheiten.“

Eine andere Auffassung der zukünftigen Entwicklung wurde in einer Broschüre entwickelt, die ebenfalls unmittelbar vor Kriegsausbruch erschien. Sie heißt „Die Partei der Freiheit“ und stammt von *Curt Geyer*, dem Redakteur der Wochenzeitung der deutschen Sozialdemokratie. Geyer tritt dort dafür ein, dass eine Revolution gegen Hitler nur eine politische und nicht eine ökonomische oder soziale sein muss. Soziale Umwälzungen würden nach den Erfahrungen, die man in Russland gemacht hat, zur Diktatur führen. Deshalb soll man sich besser nicht auf „Sozialisierungsexperimente“ einlassen. Geyer und seine Meinungsgenossen gehen also davon aus, dass man sich damit zufrieden geben soll, die Demokratie in Deutschland wiederzuerrichten und auf die sozialistischen Ziele in der nächsten Zukunft zu verzichten.

Dagegen hat man geltend gemacht, dass die Erfahrungen der Weimarer Republik gerade gezeigt haben sollten, dass es unmöglich ist, in Deutschland die Demokratie zu verankern, ohne dass die Macht der Großgrundbesitzer, des Militarismus und der schwer-industriellen Trusts gebrochen ist. Was Letztere betrifft, so hat ja der Nazismus eine starke Kontrolle und Zentralisierung durchgeführt, und man hat auch Grund zu glauben, dass man ein Chaos in Deutschland nur verhindern kann, wenn die Gesellschaft die Leitung der großen Wirtschaftsbetriebe übernimmt. Dieser Teil der Diskussion kann gerne unter dem Schlagwort: Zurück nach Weimar -oder Vorwärts zu einem demokratisch-sozialistischen Deutschland zusammengefasst werden.

Ein interessanter Beitrag zu dieser Diskussion wurde in Münzenbergs Wochenblatt „Die Zukunft“ (27. Oktober [Nr. 43, 1939]) veröffentlicht. Hier wurden einige Punkte für ein Programm aufgelistet, nach dem eine zukünftige provisorische Regierung in Deutschland arbeiten sollte. Dies waren die Hauptpunkte:

1. Sofortige Friedensverhandlungen - Wiederherstellung der Tschechoslowakei und Polens - Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts für Österreich - Vorschlag für Abrüstung in allen Ländern - internationale Konferenz zur Neuregelung der Handelsbeziehungen und der Rohstoffprobleme.
2. Grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums - aber die Regierung muss die Kontrolle über die Umstellung der Kriegswirtschaft auf eine Friedenswirtschaft haben - für eine europäische Wirtschaftsunion.
3. Abschaffung der Zensur - Wiederherstellung der Koalitions-, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit mit Ausnahme für diejenigen, die für eine Diktatur arbeiten.
4. Sobald wie möglich wird eine Nationalversammlung einberufen, die einen Präsidenten wählt und eine Verfassung verabschiedet.
5. Die Basis des neuen Regimes sollen sein: Freiheit im staatlichen, Sicherheit im persönlichen, sozialer Fortschritt im wirtschaftlichen Leben und Frieden nach außen.

Ansonsten gibt es mehrere Erklärungen, die darauf verweisen, dass der Gedanke einer europäischen oder zumindest mitteleuropäischen Föderation einen starken Widerhall bei den deutschen Sozialisten gefunden hat. In einer Erklärung der *deutschen S.A.P.* äußerte man den Vorbehalt, dass eine europäische Föderation sich nur dann als lebensfähig erweisen kann, wenn sie auf einer klaren antiimperialistischen Grundlage

basiert. Weiter heißt es, dass man „sich ebenso entschieden, wie man für die Niederlage Hitler-Deutschlands eintritt, gegen einen neuen imperialistischen Gewaltfrieden wendet, gegen ein neues Versailles oder eine Verstümmelung oder Aufteilung Deutschlands.

Wenn das gegenwärtige Regime und dessen imperialistische Kriegsmaschinerie zerschlagen ist, müssen die Völker selbst Gelegenheit erhalten zu entscheiden, wie ihr Wiederaufbau geschehen soll. Das Volk in Polen, der Tschechoslowakei und in Österreich soll selbst entscheiden, ob es seine alten Grenzen wiederherstellen will oder ob es sich ganz oder teilweise mit Deutschland zusammen schließen will.“

Der gleiche Standpunkt kommt im „Soz[ialdemokratischen] Informations-Brief“ (Nr. 48 [1939]) zum Ausdruck, wo man auch prinzipiell für eine europäische Föderation eintritt. Aber die deutschen Sozialisten müssen versuchen, die unterdrückten Nationen davon zu überzeugen, dass eine föderative Lösung auch dann nicht unmöglich ist, wenn die Westmächte sich *nicht* an ihr beteiligen. Ihre erste Aufgabe besteht in jedem Fall darin, ein nicht-imperialistisches Deutschland zu *schaffen* und durch Handlung den Unterschied zwischen ihrer und der nazistischen Politik zu *zeigen*. Zum Schluss heißt es:

„Die föderative Zusammenarbeit zu propagieren, aber das Selbstbestimmungsrecht für das eigene Volk zu fordern und bei anderen Völkern zu respektieren - das allein kann der Beitrag der deutschen Sozialisten zur Diskussion über die Zukunft der europäischen Landkarte sein. Das Ausdenken neuer Grenzen aber ist nicht unsere Sache.“

Die föderative Lösung wird auch von Austriacus [Oscar Pollak] in „Der Sozialistische Kampf“ (4. November [1939]) aufgegriffen:

„Unser nächstes Ziel ist der Sturz Hitlers, die Wiedererringung der freien Selbstbestimmung des österreichischen Volkes, das selbst und frei über sein künftiges staatliches Schicksal und seine Regierungsform entscheiden soll. Unsere Vorstellung von der Zukunft ist die einer von jeder Hegemonie befreiten Föderation in Mitteleuropa, womöglich als Bestandteil eines von jeder Zwangsherrschaft freien, föderativen Europas.“

Austriacus weist auf die Gefahren hin, die einer demokratischen Neuordnung in Mitteleuropa auf der einen Seite von den Westmächten, auf der anderen von Stalin drohen können. Im Kampf gegen diese Gefahren können die österreichischen Arbeiter einen großen Beitrag leisten:

„Österreich kann und muss ein Faktor der Erneuerung werden, nicht ein Faktor der Reaktion. Für diese Aufgabe der Erneuerung bietet Österreich wichtige Voraussetzungen: seine Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturgebiet unter Ablehnung jeder Ideologie des deutschen Imperialismus; seine alte Tradition der Verbundenheit mit nichtdeutschen Nationen; vor allem aber [...] die ungebrochene Kraft seiner Arbeiterschaft.

Diese Kraft einzusetzen, um die Freiheit zu erringen, zu bewahren und zu organisieren, diese Kraft einzusetzen, um die Revolution [...] vor dem Chaos zu retten, das ihr von äußeren Einflüssen droht; diese Kraft in den Dienst des Neuaufbaus eines freien Europas zu stellen, in dem [...] die Demokratie nur durch den Sozialismus gesichert werden kann, - das ist die Aufgabe der österreichischen Sozialisten.“

Zum Abschluss dieser Übersicht soll auch erwähnt werden, dass die *tschechoslowakischen* Sozialisten einen Plan für eine freie Föderation der Länder Mitteleuropas ausgearbeitet haben. Dieser Plan soll, wenn es sich einrichten lässt, mit Vertretern der deutschen, österreichischen, ungarischen und polnischen Parteien erörtert werden, um eine gemeinsame Hauptlinie für den Kampf zu erreichen, den die Sozialisten während dieses Krieges im Mitteleuropa führen.